




# Freiheit

GADDAFIS WAFFEN			
Truppen	Ausrüstung	Status	
<b>Armee</b> 50 000	 2205 Panzer, mehr als 2400 Geschütze, mehr als 1000 gepanzerte Fahrzeuge	schwach und schlecht ausgerüstet, vor allem Wehrpflichtige	
<b>Luftwaffe</b> 18 000	 370 Flugzeuge, 140 Helikopter	gut ausgerüstet, aber schlecht geführt	
<b>Marine</b> 8000	 17 Kriegsschiffe, 4 Amphibienfahrzeuge	unklar	
<b>Paramilitärs</b> 40 000	unbekannt	loyale Stammesangehörige und afrikanische Söldner, stark bewaffnet und gut ausgebildet	

QUELLEN: IIS, ECONOMIST, INSTITUTE FOR NATIONAL SECURITY STUDIES, BBC, DPA

## DER OBERST SCHLÄGT ZURÜCK

Auch wenn Gaddafis Waffen alt sind, ungefährlich sind sie deshalb nicht

Erst kürzlich beschrieb eine Studie den Zustand des libyschen Waffenarsenals als **erbärmlich**. Die Armee sei schlecht ausgebildet, die Flugzeuge veraltet, die Waffen noch aus Sowjetbestand. Zur Bekämpfung der Aufständischen aber hat Gaddafi diese bescheidenen Mittel offenbar **effektiv eingesetzt**. Mithilfe von 2205 Panzern,

2400 Geschützen und 370 Flugzeugen eroberte der libysche Despot Stadt um Stadt von den Rebellen zurück. Die westliche Allianz, die nun die Flugverbotszone durchsetzt, dürfte sich indes nicht derart einschüchtern lassen. Von den knapp **450 Flugabwehraketen**, die Gaddafi besitzen soll, könnte dennoch Gefahr ausgehen.

halten, manchmal zwei bis drei am Tag. Und meistens waren sie vorher schlecht bis gar nicht angekündigt. Dass man jeden Tag wieder neu auf eigene Faust herausbekommen muss, was eigentlich gerade passiert, entbehrt in einer eigentlich todernsten Situation nicht einer gewissen Slapstick-Komik:

„Die Pressekonferenz ist um fünf Uhr im Hotel Ouzo.“

„Nein, sie ist um sieben Uhr im Tibisti.“

„Die wurde doch schon abgesagt.“

„Welche, die Konferenz des Militärrats oder des politischen Rats?“

„Weder noch, es soll ein Mann aus Adschdabia kommen, der über die Lage von dort berichtet.“

„Nein, der ist doch schon längst wieder weg.“

Said Iman Buigaighis, Sprecherin für die Oppositionsgruppe, beschwichtigt am Montag nach einer Pressekonferenz, auf der sich die Medienvertreter über den eingeschränkten Zugang zur Front beschwerten. „Wir haben kaum Erfahrung mit Pressefreiheit. Wir wissen nicht, wie viel Information angemessen ist, und wir wollen die Freiheit der Medien respektieren. Natürlich liegt es in

und Algerien eine Schlüsselrolle zufallen.

Seit Jahren will die EU sich, wie es heißt, „unabhängiger“ von russischem Gas machen. Aber der zuverlässigste Alternativanbieter Norwegen rechnet für 2013 mit dem „Peak“ – jenem Punkt, von dem an sich das Fördervolumen nicht mehr erhöhen lässt und schrittweise abnimmt. Dann würde nicht nur Erdöl teurer, sondern auch Gas – weil es als Alternative zum Öl gefragt wird. Also muss neues Gas her. Davon gibt es viel in der Region um das Kaspische Meer, genau in Russlands Nachbarschaft. Doch es gibt einen Pipeline-Plan, mit dem Russland umgangen werden könnte: das „Nabucco“-Projekt (siehe Karte). Es wird vom deutschen Konzern RWE betrieben sowie der österreichischen OMV und Gesellschaften aus Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer berät das Konsortium und gilt als Aushängeschild. Das braucht es auch. Denn der Kampf um Europas Energieversorgung ist ein politischer Kampf.

Nabucco erfährt in Brüssel große Zustimmung, aber die Verhandlungen der beteiligten Länder und Konsortien stocken. Russland übt Druck auf die Nachbarn im Kaukasus und Zentralasien aus und will den Europäern ein anderes Projekt verkaufen: „South Stream“, eine Verbindung durch das Schwarze Meer über den Balkan. Es würde dennoch russisches Gas fördern. „Deshalb steht South Stream nicht auf unserer Prioritätenliste“, heißt es aus dem Umfeld des EU-Energiekommissars Günther Oettinger in Brüssel. Kein Wunder, dass Gazprom um ein besseres Image ringt.

Mehrstufige Millionensummen investiert der Konzern in PR und Marketing – auch als Trikotsponsor von Schalke 04. „Wir wollen nicht nur Lieferant sein, sondern direkt mit unserem Service an den Endverbraucher“, sagte Gazprom-Chef Alexej Miller vor wenigen Wochen.

„Deshalb macht Putin ja alle naselang eine große Show und spielt sich gerade als Retter der europäischen Energieversorgung auf“, spottet eine hochrangige Brüsseler Beamtin. Die neueste Bühne dafür ist ausgerechnet Libyen: Als die Kämpfe aus-

brachen und die Gas-Förderung des italienischen Konzerns ENI vorerst eingestellt wurde, verkündete Moskau, die täglichen Lieferungen nach Italien um 50 Prozent zu erhöhen. „Russland lässt seine Freunde nicht im Stich“, titelte die Zeitung „Stimme Russlands“. Was wie eine Rettung in höchster Not klang, nahmen die ENI-Manager in Rom und Mailand sehr gelassen. „Das war eine politische Geste, wir haben sowieso genug Gas“, heißt es dort hinter vorgehaltener Hand.

Nicht nur bei dieser Inszenierung arbeiten Italien und Russland eng zusammen – Berlusconi ist Putins Joker, sein Zugang zur EU mit ihrem leicht zu lähmenden Konsenssystem. Und Italien ist auch Russlands Partner in Libyen: 2007 erwarb Gazprom dort die Lizenz für den sogenannten Block 19 in der Libyschen Wüste sowie eine Offshore-Konzession im Mittelmeer. Italiens Staatskonzern ENI verfügt bereits über umfangreiche Förderlizenzen für Öl in Libyen. Der Konzern hält 50 Prozent an der „Green Stream“ genannten Pipeline der Nationalen Libyschen Ölgesellschaft, die jährlich rund acht Milliarden Kubikmeter Erdgas transportiert.

Der zweite Teil des Abkommens sollte plangemäß am 28. Februar unterzeichnet werden, aber bislang kam es nicht dazu. Warum, will das ENI-Hauptquartier nicht kommentieren. Es liegt allerdings nahe, dass die Russen sich über den Wert ihrer Beteiligung angesichts der unsicheren Lage des Gaddafi-Regimes nicht mehr sicher waren. Aber Russlands Partnerschaft mit Italien dürfte dennoch nicht so leicht zu erschüttern sein.

Wie weit die Brüderlichkeit bis zuletzt reichte, verblüffte manchen amerikanischen Diplomaten: Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi leide an einer „kurzsichtigen Obsession für Russland“ und verpasse keine Gelegenheit, um sich für russische Interessen in Europa einzusetzen, heißt es in einer der kürzlich durch Wikileaks bekannt gewordenen Depeschen des US-Botschafters in Rom an das US-Außenministerium vom November 2008.

Berlusconi sei von seiner Männerfreundschaft mit Putin so erfüllt, dass er in Russlandfragen fast allein entscheide –

unserem Interesse, dass die ganze Welt weiß, was hier passiert. Aber das hier ist auch Krieg, und der birgt Sicherheitsrisiken – für uns und die Medien. Glauben Sie mir, wir geben unser Bestes.“ In ihrem früheren Leben hat Buigaighis, eine sanft und bescheiden auftretende Frau, als Professorin für Zahnmedizin an der Gar-Younis-Universität von Bengasi gearbeitet. „Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich einmal so etwas machen würde.“

Viele der Oppositionspolitiker entstammen der Mittelklasse: Sie sind eigentlich Ärzte, Rechtsanwälte, Professoren oder Geschäftsleute. Einigen, darunter Bugaighis, scheint ihr plötzlicher Ruhm etwas unangenehm zu sein. Andere scheinen dafür wie geboren. Zu ihnen gehört Mustafa Gheriani. Der hochgewachsene und gut aussehende Geschäftsmann, der 15 Jahre in den USA gelebt hat und mit einer Amerikanerin verheiratet ist, stellt als Medienkoordinator das freundliche, ja geradezu strahlende Gesicht des Nationalen Libyschen Unabhängigkeitsrates dar, also des Gremiums, in dem die verschiedenen Oppositionsgruppen sich vereinigen haben. Gheriani spricht stets mit vollkommener Selbstsicherheit und überragt fast jeden Gesprächspartner mit seinen zwei Metern Körpergröße. „Unser Ziel ist eine freie und demokratische Gesellschaft“, erklärt er. „Wir haben kein Interesse am radikalen Islam. Ja, wir sind Muslime aber wir respektieren westliche Werte und wir wollen Redefreiheit, Pressefreiheit und freie Wahlen. Wir haben kein Ziel darüber hinaus.“

Nur das lange Zögern der internationalen Gemeinschaft bei der Einrichtung einer Flugverbotszone hatte ihm Sorgen bereitet – weil die Untätigkeit des Westens auf Dauer doch den Extremisten hätte Auftrieb geben können. „Es gibt sicherlich radikale religiöse Figuren in Libyen, die ihre Pamphlete hier auf der Straße verteilen. Noch schleißten unsere jungen Männer das Zeug in die Mülltonne. Aber das könnte sich auch ändern. Wenn diese Jugendlichen, die ganz bewusst westliche Werte einfordern, die selbst das verwirklichen wollen, was der Westen von der arabischen Welt immer gefordert hat, ausgerechnet von jenen westlichen Staaten enttäuscht werden, dann könnten sie sich doch jenen zuwenden, die all ihren Opfern stattdessen einen religiösen Sinn geben. Aber das, was sie wollen, ist Freiheit und nicht radikale Frömmigkeit.“

# Ägypter gehen an die Wahlurnen

Erste freie Wahlen seit Jahrzehnten: Abstimmung zur neuen Verfassung

■ Oppositionspolitiker wie Amr Mussa und Mohammed al-Baradei raten den Ägyptern, den Entwurf abzulehnen

AMIRA EL-AHL  
KAIRO

Geduldig in der Schlange zu stehen war bisher keine Stärke der Ägypter. Doch seit dem Sturz des Präsidenten Husni Mubarak vor fünf Wochen ist vieles anders hier am Nil. Schon am frühen Samstagmorgen stehen Hunderte auf den Straßen der Hauptstadt und warten geduldig darauf, ihre Stimme abzugeben. Es ist die erste Wahl seit dem Sturz des alten Regimes, und es sind die ersten wirklich freien Wahlen seit Jahrzehnten.

Überall in Kairo bilden sich lange Schlangen auf den Straßen vor den Wahllokale. Sie ziehen sich teilweise von Wohnblock zu Wohnblock, viele Menschen haben Wasser und Essen mitgebracht, junge Männer verkaufen Tee und die Älteren haben sich Klappstühle mitgebracht. Die Wähler kommen aus allen Schichten der Bevölkerung, viele von ihnen stimmen zum ersten Mal ab. „Das hier war bis vor Kurzem noch eine Utopie“, sagt Waheed Fekry, der vor einem Wahllokal wartet. „Eine Wahl, bei der vorher noch nicht feststeht, wie sie ausgeht – unfassbar.“ Die Armee hatte nach dem Sturz Mubarak am 1. Februar ein Verfassungskomitee eingesetzt, das acht Artikel der Verfassung von 1971 überarbeiten sollte. In der Volksabstimmung am Samstag ging es für die Ägypter nun darum, für oder gegen die Änderungen zu stimmen. Die Armee und auch die Moslembruderschaft, die stärkste Oppositionsgruppe Ägyptens, hatten dazu aufgerufen, die Änderungen anzunehmen und mit Ja zu votieren. Doch die meisten Aktivisten der Revolution sowie prominente Ägypter wie Amr Mussa, Generalsekretär der Arabischen Liga, und Frie-

densnobelpreisträger Mohammed al-Baradei hatten im Vorfeld an die Ägypter appelliert, die Änderungen nicht zu akzeptieren. Viele befürchten, dass die Änderungen der bisher regierenden National-Demokratischen Partei und vor allem den Moslembrüdern die Möglichkeit geben würden, ihre Vorstellungen von der politischen Zukunft Ägyptens durchzusetzen. „Alle anderen Gruppen sind noch nicht so weit, vor allem die jungen, unerfahrenen Leute brauchen Zeit, um Parteien zu gründen, bevor wir ein neues Parlament wählen“, sagt Rania Shaheen. Die 33-Jährige steht in Maadi, einem Vor-



Daumen hoch für die Demokratie: Wer gewählt hat, kriegt Pink an den Finger

orts Kairos südlich der Stadt, in der Schlange vor ihrem Wahllokal. Sollte die Mehrheit der Ägypter die Verfassungsänderungen annehmen und es schon in zwei, drei Monaten zu Neuwahlen kommen, befürchtet Rania Shaheen, dass die Moslembruderschaft die Mehrheit erränge. „Dann haben wir eine neue Diktatur, und alles, was wir bisher erreicht haben, wird umsonst gewesen sein.“

Für Rania Shaheen wäre dieses Szenario besonders bitter. Ihr Mann Tarek Abdel Latif wurde am 28. Januar am Tahrir-Platz von einer Kugel im Hals getroffen. Er starb, weil er für ein freies Ägypten demonstrierte, weil er sich wünschte, dass seine beiden kleinen Töchter in einer Demokratie aufwachsen. Seine Witwe hält am Samstag ihren Personalausweis in der Hand, der seit dieser Wahl

ausreicht, um wählen zu dürfen. Jetzt wählen zu gehen ist ihre Art, den Kampf ihres Ehemanns fortzusetzen. An drei Urnen in ihrem Wahllokal reihen sich die Menschen, Frauen in der einen, Männer in einer anderen Schlange. Es gibt kein Drängeln, kein lautes Wort, die Stimmung ist gelöst und freudig. Viele Familien sind mit ihren Kindern gekommen, und jeder bekommt am Eingang ein Bonbon gereicht.

Es sind weder Polizei noch Militär, die diesen reibungslosen Vorgang organisieren, sondern junge Freiwillige. Sie dirigieren die Menschen in die Schlangen, achten darauf, dass alles korrekt abläuft. Als Rania Shaheen aus der Wahlkabine kommt, tunkt sie ihren kleinen Finger in die bereitstehende pinkfarbene Tinte, mit der sich jeder Wähler markieren muss, und umarmt strahlend ihre Freundin Shaheera. „Was für ein Gefühl, was für eine Ehre“, sagt sie und hält ihren Finger in die Kamera. Sie hat mit Nein gestimmt, denn für sie sind die Verfassungsänderungen Flickwerk. „Unsere Verfassung stammt von 1971, damals befand sich das Land in einem Kriegszustand. Was damals galt, ist heute nicht mehr gültig.“ Die Gesetze sind ihrer Meinung nach nicht mehr zeitgemäß. „Jede Verfassung hat eine Seele, sie ist wie ein Körper. Du kannst sie mit Chirurgie verändern, aber sie bleibt doch die gleiche.“ Rania Shaheen wünscht sich für ihr Land einen wahren Neuanfang mit einer neuen Verfassung, die von allen Gruppen des Landes und vor allem den jungen Menschen mitgeschrieben wird.

Doch egal wie das Referendum ausgehen wird, sie will die Entscheidung akzeptieren. „Jeder hat das Recht auf seine Meinung, und wenn die Mehrheit im Land für die Änderungen in der alten Verfassung stimmt, muss ich das akzeptieren.“ Es ist der erste Schritt in die Demokratie, für die ihr Mann gestorben ist. Sie ist stolz, dass ihr Land seine Stimme gefunden hat. „Endlich fühlt es sich wie unser Land an“, sagt Rania Shaheen. „Wir entscheiden, wir verändern.“

ANZEIGE

TOD'S  
An Italian Moment

TODS.COM